

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 406 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
17.12.2009**

GRÜNE kritisieren Wulffs Vorstoß zur Einschränkung des Elternwillens

Auslesedruck in den Schulen nicht weiter erhöhen

Den erneuten Vorstoß von Ministerpräsident Wulff, das Elternentscheidungsrecht über den Bildungsweg ihrer Kinder weiter einzuschränken, hat die schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen **Ina Korter** scharf kritisiert. "Wenn die Kinder künftig schon nach einem Jahr wieder vom Gymnasium auf eine Realschule verwiesen werden können, wird der Auslesedruck massiv verschärft. Das wäre genau der falsche Weg", sagte die Grünen-Politikerin heute (Donnerstag) in Hannover.

"Nach dem Wechsel auf eine weiterführende Schule müssen sich die Schülerinnen und Schüler mit ganz neuen Lernformen zurechtfinden. Hinzu kommt an den Gymnasien der enorme Druck durch das Turbo-Abitur. Hier darf nicht schon nach einem Jahr über den weiteren Bildungsweg der Stab gebrochen werden". Statt den Auslesedruck zu erhöhen, müssten die Kinder gerade am Gymnasium intensiver in ihrer individuellen Entwicklung gefördert werden, sagte Korter. "Wir wollen den Erfolg der Kinder und nicht ihr frühes Scheitern".

Die grüne Schulexpertin kritisierte, dass die Landesregierung nicht bereit ist, die Aussagekraft der Schullaufbahneempfehlungen zu evaluieren. Das werde aus der Antwort auf eine von ihr gestellte Anfrage deutlich. "Bevor die Landesregierung immer neue Instrumente zur Auslese der Schülerinnen und Schüler vorschlägt, sollte sie erstmal die bestehenden Instrumente überprüfen".

Anfrage: Auf welcher Grundlage will Ministerpräsident Wulff in den freien Elternwillen bei der Schulwahl eingreifen? (<http://www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/319/319794@de.pdf>)